

„Richtsberg 88“: Sanierung ungewiss

Für Hochhaus aus den 60er Jahren gelten nach Großbrand die aktuellen Brandschutzvorschriften

Fünf Monate nach dem Brand des Studentenwohnheims „Am Richtsberg 88“ steht noch nicht fest, ob die Bewohner jemals wieder einziehen können.

von Till Conrad

Marburg. Der Brand Ende Juni hat 280 Menschen die Wohnung genommen. Noch immer leben etwa 30 bis 40 in Notunterkünften, etwa in der früheren Uni-Kindertagesstätte in der Deutschhausstraße oder in Zimmern im Altenpflegeheim in der Sudetenstraße. Der Rest „ist untergebracht“, sagte Dr. Ulf Grebe, der Geschäftsführer des Studentenwerks Marburg, gestern der OP. Mit „untergebracht“ meint Grebe einen Mietvertrag für eine Wohnung des Studentenwerks oder der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Gewobau.

Nicht alle Bewohner seien aber mit ihrer gegenwärtigen

Haus fällt unter die Hessische „Richtlinie über den Bau und Betrieb von Hochhäusern“, an die die Bauaufsicht gebunden ist. Darin ist unter anderem geregelt, dass Hochhäuser wie das „Am Richtsberg 88“ keinen Bestandsschutz mehr genießen, wenn sie erst einmal aus der Nutzung genommen worden sind. Anders formuliert: Für die (Wieder-)Zulassung des knapp 50 Jahre alten Gebäude werden die Vorschriften aus dem Jahr 2014 angelegt und nicht die aus den 60er Jahren.

Insbesondere bezüglich des Brandschutzes gibt es da inzwischen zahlreiche Veränderungen, wie Grebe berichtet: Entrauchungsanlagen für Fluchtwege etwa gehören dazu.

Grebe teilte mit, das Studentenwerk warte auf das Brandenschutzgutachten und arbeite dann mit Hochdruck daran, die zusätzlichen Anforderungen an die Gebäudesicherheit „mit Zahlen zu unterlegen“. Erst anschließend könne mit der Versicherung gesprochen werden, wie es weitergehen soll.



Am 24. Juni brannte das Studentenwohnheim „Am Richtsberg 88“. 280 Bewohner mussten anderweitig untergebracht werden. Ob sie zurückkehren können, ist völlig ungewiss. Foto: Florian Gaertner

weitergehen soll, falle aber nicht vor Anfang Dezember.

Unterdessen diskutierte der Haupt- und Finanzausschuss über die Frage, ob eine Belohnung in Höhe von 10 000 Euro die Ergriffung der mutmaßlichen Brandstifter beschleunigen würde. Einen entsprechen-

den Antrag hatte die Marburger Linke gestellt. Oberbürgermeister Egon Vaupel (SPD) berichtete von Gesprächen mit Polizei und Staatsanwaltschaft, nach deren Einschätzung eine höhere Belohnung nicht zu neuen Hinweisen führen werde. Die Staatsanwaltschaft würde ei-

genständig eine Belohnung aussetzen, wenn dieser Schritt erfolgversprechend sei, sagte Vaupel. Die Versicherung hatte bereits eine Belohnung von 5 000 Euro ausgesetzt.

Der Ausschuss empfahl dem Parlament, den Antrag der Linken am Freitag abzulehnen.

– Anzeige –

GARTENKUNST FRAUENART

Faszination Winter

in der Lahntal-Baumschule in Caldern
Helmshäuser Berg 1 | B 62 | Tel. 06420-1611
FR_14:00-18:00 | SA_10:00-18:00 | SO_11:00-17:00

21.–23. Nov. 14

Wohnsituation zufrieden, sie würden lieber heute als morgen in ihre alte Wohnung zurückziehen.

Ob das überhaupt jemals möglich sein wird, ist aber ungewiss. Bürgermeister Dr. Franz Kahle (Grüne) berichtete am Dienstag im Haupt- und Finanzausschuss des Stadtparlaments, es sei noch nicht absehbar, ob und wann die Stadt die feuerpolizeiliche Genehmigung für den Bezug des Hauses ausspricht. Das

Ein mögliches Ergebnis dieser Gespräche könnte sein, dass das Gebäude nicht mehr zu einem wirtschaftlichen Preis zu sanieren ist. „Aber ob das so kommt, das ist noch völlig offen“, sagte Grebe im Gespräch mit der OP. Natürlich würde das Studentenwerk „nichts lieber machen, als den engen Wohnungsmarkt zu entlasten und den Wohnraum für rund 280 Menschen wieder zur Verfügung zu stellen“. Eine endgültige Entscheidung, wie es

Uni-Finzen bleiben weiter angespannt

Kanzler rechnet mit Defizit in Millionenhöhe, hofft aber auf Hilfe aus dem Hochschulpakt 2020

An der Uni muss weiter gespart werden: Uni-Kanzler Dr. Friedhelm Nonne will unter anderem anordnen, dass an den Fachbereichen für 2015 im Personaletat eine Million Euro eingespart wird.

von Manfred Hitzeroth

Marburg. Die Eckpunkte für den Haushalt der Philipps-Universität im kommenden Jahr stellten der Uni-Kanzler Dr. Friedhelm Nonne und die Uni-Präsidentin Professorin Katharina Krause gestern im Senat vor. Der Kernpunkt: Der Kanzler rechnet zunächst mit einem Defizit von drei Millionen Euro, hofft aber, dass dieses noch durch zusätzliche Mittel aus dem Hochschulpakt 2020 gedeckt werden kann. „Die Lage ist moderat angespannt. Wir geben mehr Geld aus, als wir einnehmen“, sagte Krause.

Zunächst aber gab Nonne im Senat eine positive Nachricht weiter: Das kumulierte zentrale Defizit der Uni – also die insgesamt angehäufte Schuldenlast – wird am Jahresende 2014 voraussichtlich auf rund 3,6

Millionen Euro reduziert. Im Vorjahr hatte es noch 6,4 Millionen Euro betragen. „Diese positive Entwicklung war nur aufgrund außerordentlicher Sparmaßnahmen und einiger Sondereffekte möglich“ betonte der Kanzler.

Für das kommende Jahr haben sich laut Nonne die finanziel-

len Randbedingungen jedoch in mehreren Punkten deutlich verschlechtert. Zwar gibt es acht Millionen Euro mehr vom Land Hessen im Gesamtetat der Uni, der jetzt 215 Millionen Euro für laufende Ausgaben vorsieht. Doch ein Teil dieser Finanzierung ist zweckgebunden. Rechnet man diese Einnahmen wie

Sonder- und Mehrzuweisungen für UKGM-Rückkehrer, die Bauautonomie und Forschungsförderung für die Partikeltherapie gegen andere Faktoren wie die in 2014 noch zur Verfügung stehende Reste aus Hochschulpaktmitteln auf, so steht 2015 kaum mehr zur Verfügung als 2014.

Demgegenüber steht laut Non-

ne im neuen Jahr ein voraussichtlicher finanzieller Mehrbedarf von insgesamt 6 bis 7 Millionen Euro – beispielsweise für Tarifsteigerungen (3,6 Millionen Euro), Bauunterhaltung (1,4 Millionen Euro) sowie zusätzliches Personal für neue Gebäude sowie Planungs- und Liegenchaftsmanagement im Dezernat Gebäudemanagement und Technik (1,8 Millionen Euro). Dieser Fehlbetrag könne nicht in voller Höhe durch Einsparungen gedeckt werden, sind sich Nonne und Krause einig. Das Präsidium möchte die zusätzliche Belastung für die Fachbereiche möglichst niedrig halten.

So sollen die Etats der Fachbereiche nur um insgesamt eine Million Euro reduziert werden. Das bedeute pro Fachbereich eine Reduzierung um 0,9 Prozent. Weitere Einsparungen von 600 000 Euro bei zentralen Finanzstellen sollen hinzukommen. Aus der Rücklage des Hochschulpakts 2020 wird zudem eine Million Euro entnommen. Auch wird die Tilgung des 2012 durch Tarifregelungen entstandenen Zusatz-Defizits 2015 ausgesetzt, was noch einmal eine Million ausmacht.

Über den detaillierten Haushaltsentwurf soll in der Dezember-Sitzung debattiert werden.



Uni-Präsidentin Professorin Katharina Krause (rechts hinten) erläuterte gestern im Uni-Senat die Eckdaten für den Uni-Haushalt 2015. Foto: Thorsten Richter



Immer mal wieder wird über die Anpassung des Wahlalters debattiert. Es geht um 18-Jährige, um 16-Jährige – manchmal noch jüngere, die ihr Kreuz auf Zetteln für die Bundes-, Landes- oder Kommunalebene machen dürfen sollen. Wählen per se ist für die demokratisch geprägte Jugend auch wahrlich keine ungewohnte Tätigkeit mehr. Stichworte Klassen- und Schulsprecher, Kinder- und Jugendparlament. Aber mehr als manche Opposition von Erwachsenen-Politikern im Parlament, stellen Kinder im politischen Raum die unangenehmen Fragen. Das musste Marburgs Oberbürgermeister dieser Tage erfahren. Bei einem Besichtigungstermin in der Stadt sprach ihn kürzlich ein Neunjähriger an. Wieso es in der Universitätsstadt so viele Baustellen gebe, wollte der Junge wissen. Das Stadtoberhaupt versuchte die kindgerechte, erklärende Antwort. Alt, kaputt und so. Doch das kecke Kind konterte: „Ich glaube, ihr macht das, weil euch langweilig ist.“ Autsch.

Protest gegen „b(u)y night“ angekündigt

Marburg. Die Aktivisten der (T)raumklinik kündigen neue Proteste gegen die Stadtentwicklungspolitik an – während der Veranstaltung „Marburg b(u)y night“ am Abend des 28. November. „Wir werden uns diesem Ausverkauf des Stadtlebens in den Weg stellen und dafür sorgen, dass die Frage, wem die Stadt gehört, nicht durch die Interessen der Märkte, sondern von den Beziehungen zwischen den Menschen beantwortet wird“, kündigt eine Sprecherin der Initiative gegenüber der OP an. Die jährliche Veranstaltung sei „Höhepunkt einer neoliberalen Stadtentwicklungspolitik“ und zeige, dass die Prioritäten der Politik bei der „kommerziellen Vermarktung des Stadtlebens und nicht bei den Bedürfnissen der Menschen liegen“. Der Gastronomen und Unternehmern zur Verfügung gestellte Raum sei exklusiv, wer nicht Teil der Konsumgesellschaft sein wolle, habe dort keinen Platz. Niedriglöhner und Co seien nicht erwünscht, ebenso wenig all jene, die „sich nicht in das schicke Stadtbild fügen“, heißt es von den Aktivisten. „Marburg b(u)y night“ sei gedacht für Wohlhabende, Reiche und Prominente.

Nächstes öffentliches Treffen der (T)raumklinik-Aktivisten: Sonntag, 23. November, um 20 Uhr im „Bettenhaus“, Emil-Mannkopf-Straße 6.

MELDUNG

Vorlesetag in Bücherei und Klinik

Marburg. Morgen wird bundesweit der Vorlesetag begangen. Stadträtin Dr. Kerstin Weinbach präsentiert ab 10 Uhr in der Stadtbücherei das Buch „Wolkenbrot“ als multimediales Bilderbuch. Im Foyer vor dem Bücher-Pavillon des Mutter-Kind-Zentrums im Uniklinikum auf den Lahnbergen liest ab 10 Uhr der ehemalige Intendant des Hessischen Landestheaters Marburg, Ekkehard Dennewitz, aus dem Buch „Die Weihnachtgans Auguste“.